Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 10.— mit Austragen, Post einschl. der Postgebühren ¼jährlich Mk. 32.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 2.— Mk., auswärts 2.50 Mk. Amtlicher Teil Mk. 4.—. Reklamezeile Mk. 4.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 50.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: **Günz & Eule, Naunhof** bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 50 — **Freitag, den 28. April 1922** — **33. Jahrgang**

Amtliches.

Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise, Eisenbahnfrachten und Arbeiterlöhne werden vom 1. Mai d. J. ab folgende neue Preise festgesetzt:

Gas für 1 cbm 5 Mk.,
Gasmessermiete monatlich

für einen	3flammigen Messer	2 Mk.	—	Pfg
„ „	5 „ „	2 „	50	„
„ „	10 „ „	3 „	—	„
„ „	20 „ „	4 „	—	„
„ „	40 „ „	6 „	—	„

Koks, grob 1 hl 60 Mk.
„ klar 1 „ 30 „

Naunhof, am 27. April 1922. **Der Stadtgemeinderat.**

Am 2. Mai ist eine **Zählung der gewerblichen Arbeiter** vorzunehmen.

Die in Betracht kommenden Betriebsunternehmer haben die ihnen zugehenden Vordrucke gehörig auszufüllen.

Die ausgefüllten Vordrucke sind bis längstens den 5. Mai 1922 im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11, einzureichen.

Naunhof, am 27. April 1922. **Der Bürgermeister.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Staatssekretär Hirsch hielt in Genua eine Rede für die Erleichterung des internationalen Handels durch Änderung der jetzigen Zollbestimmungen.
* Die Behauptung Poincarés, daß Frankreich zu einem Vorgehen gegen Deutschland auf eigene Faust berechtigt sei, wird von deutscher Seite widerlegt.
* Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat nach gutem Vernehmen der deutschen und polnischen Regierung eine Note unterbreitet, in der sie die beiderseitigen Vertrter zur Vorbereitung der Gebietsübergabe zum 4. Mai einladet.
* Der französische Kreiskontrolleur von Gleiwitz hat die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Gleiwitz, Tost und Hindenburg erleichtert. Die Straßensperre beschränkt sich auf die Zeit von 11 bis 3 Uhr nachts.
* In Kopenhagen wurde ein vorläufiges Übereinkommen zwischen Dänemark und Deutschland über die Luftschiffahrt unterzeichnet.
* Tschitscherin hat eine scharfe Note an Polen gerichtet, in der er gegen die Teilnahme Polens an den Genueser Verhandlungen über Rußland protestiert.
* Polen hat eine große Anleihe von den Vereinigten Staaten erhalten.

Deutsch-Oberschlesiens Zukunft.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hält es für angebracht, die Bewohner Oberschlesiens für den knappen Rest der Besatzungszeit, der noch vor ihnen liegt, zum Ausharren zu ermutigen. Die Übergabe der oberschlesischen Gebietsteile an Deutschland und an Polen sei nur noch eine Frage von Tagen. Anfang Mai werde man sie mit den Vertretern der beiderseitigen Regierungen vorbereiten. Aus diesem Anlaß würden ungewöhnliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um Gefährdungen des öffentlichen Friedens vorzubeugen. Man solle seine Ungeduld im Zaume halten und überall und bei jeder Gelegenheit der Sprache der Vernunft Gehör schenken. Die hohen Herren mahnen zur Selbstbeherrschung, zur Bewahrung von Ruhe und Würde, damit die Interalliierte Kommission ihre Machtbefugnisse in vollem Frieden abgeben könne.

Die Proklamation trägt neben der Unterschrift des Generals Le Rond auch diejenige des britischen Generals Henneker. Sie wird trotzdem in den Herzen der Oberschlesier nur bittere Gefühle hervorrufen, denn wenn die Kommission ihrer Aufgabe so gewaltet hätte, wie es ihre Pflicht und Schuldigkeit war, dann hätten sich besondere Schlußermahnungen, wie die jetzt veröffentlichte, wohl erübrigt. Aber die Geschichte ihrer Amtsführung in Oberschlesien ist mit Blut und Tränen geschrieben, sie führte von einem Polenaufstand zum andern und trug bis in die letzten Tage hinein einen so ausgesprochen polenfreundlichen Stempel an der Stirn, daß sie sich von einem rein polnischen Regiment kaum noch wesentlich unterschied. Nicht einmal die Aufgabe wurde erkannt, geschweige denn erfüllt, nach der Entscheidung des Völkerbundes die Polen zur Respektierung der in Genf gezogenen Grenzlinien zu erziehen. Heute, in dem Augenblick, da die Interalliierte Kommission schonend auf ihren demnächstigen Abzug aus Oberschlesien vorbereitet, ist der bei Deutschland bleibende Teil des besetzten Gebietes von schwerer Unruhe um die Zukunft erfüllt. Die Polen machen kein Hehl daraus, daß sie ihre Wühlarbeit gegen das Deutschtum im gesamten Oberschlesien fortsetzen wollen, und kaum ein Tag vergeht, ohne schmerzliche Beweise für die ungebändigte Fortdauer ihres Eroberungswillens. So können die Herren von der Interalliierten Kommission gewiß sein, daß die deutschen Bewohner Oberschlesiens den Tag segnen werden, an dem die Fremdherrschaft im Lande endlich beseitigt sein wird.

Dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens drohen freilich auch von anderer Seite her neue Beunruhigungen. Die Frage ist gestellt, was nun staatsrechtlich aus dem Lande werden soll? Gesetzlich ist ihm das Recht auf Volksabstimmung über seine Zukunft eingeräumt, wobei allerdings an ganz Oberschlesien gedacht war, nicht an den inzwischen leider zur Wahrheit gewordenen Fall einer gewaltsamen Trennung des Landes durch einen Machtspruch fremder Gebieter. Aber die Abstimmung wird trotzdem vor sich gehen, die Wähler werden sich zu entscheiden haben, ob sie einen neuen kleinen — ganz kleinen — deutschen Bundesstaat schaffen, oder ob sie den Rest von Oberschlesien bei Preußen belassen wollen. Von den großen Parteien tritt nur das Zentrum für die Bildung eines eigenen Bundesstaates im Rahmen der Reichshoheit ein. Das Zentrum glaubt, die besonderen politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Interessen Oberschlesiens auf keinem andern Wege besser sicherstellen zu können. Die Sozialdemokraten haben sich dagegen in Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten, die kürzlich schon Ministerpräsident Braun, ihr Gesinnungsgenosse, in einer viel bemerkten Rede geltend machte, gegen die Abtrennung von Preußen ausgesprochen; sie halten dafür, daß einmal Preußen schon um seiner selbst, wie auch um des Reiches willen nicht noch mehr geschwächt werden dürfe, zumal Oberschlesien auf sich selbst gestellt, nach der grausamen Zerreißung seines Gebietes wie seiner Wirtschaft kaum noch ein lebensfähiges Gemeinwesen abgeben könne. Sie sind dafür, die uns verbleibende Provinz in ihren autonomen Rechten nach Möglichkeit zu stärken, möchten aber auch der von ihnen angestrebten neuen Aufteilung des Reiches nicht damit vorgreifen, daß hier zu den vielen kleinen „Ländern", die wir schon haben, noch ein neues selbständiges Reichsglied hinzutritt. Eine Anschauung, in der sie sich im großen und ganzen auch mit der demokratischen Partei begegnen. Ebenso treten auch die Rechtsparteien mit voller Entschiedenheit für die Abwehr aller auf weitere Schwächung Preußens gerichteten Bestrebungen ein. Man kann also wohl schon jetzt ohne weiteres annehmen, daß der Rest von Oberschlesien den Charakter einer preußischen Provinz behalten wird. Ein neuerdings aufgetauchter Gedanke geht noch dahin, das umstrittene Gebiet von Preußen loszutrennen und es zwar nicht zu einem selbständigen Bundesstaat zu erheben, sondern, ähnlich wie es 1871 mit Elsaß-Lothringen geschah, dem Reiche als reichseigenes Gebiet anzugliedern. Also eine Art Mittelding zwischen Provinz und Bundesstaat. Die Auseinandersetzungen über diese Idee sind noch im Gange, sie dürften aber schwerlich zu einem positiven Abschluß führen.

Alles in allem kann man nur sagen: An dem neuen Nachbarn, den Deutsch-Oberschlesien nach dem Weggang der Interalliierten Kommission erhält, wird es ganz gewiß keine Freude haben. Um so mehr muß es darauf bedacht sein, alle seine verbleibenden Kräfte zum Widerstand gegen die Unersättlichkeit der Polen zusammenzuhalten.

Lloyd Georges Friedenspläne.

Poincarés Paragraphenfeldzug.

Zwischen Genua und Paris wird augenblicklich ein stiller aber zäher Kampf um den Frieden in Europa ausgefochten. Lloyd George ringt mit Aufbietung aller diplomatischen Künste um Anerkennung für sein großes Programm eines zehnjährigen Burgfriedens, Poincaré aber sucht aus den Paragraphen des Friedensvertrages nachzuweisen, daß sein Vorstoß gegen Deutschland, den er in seiner Rede für den 31. Mai ankündigte, gerechtfertigt sei. Die dadurch entstandene

englisch-französische Spannung

wird von keiner Seite verhehlt, nur ist man in Paris bemüht, ein wenig einzulenken und die Dinge nicht gleich auf die Spitze zu treiben. Lloyd George bezeichnete in einer an England gerichteten Botschaft die Rede Poincarés als eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach angetan, das Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde. Die Londoner Blätter behaupten sogar, daß aus Anlaß der Rede Poincarés die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Genueser Konferenz zurückziehe, in Genua und London eifrig erörtert werde. Poincaré hingegen hat die französischen Pressevertreter ersucht, darauf hinzuweisen, daß seine Äußerungen über eine etwaige Sonderaktion falsch ausgelegt worden seien. Frankreich ist nach seiner Versicherung entschlossen, sich strikt an den Versailler Vertrag zu halten. Nur in dem Falle, daß die Reparationskommission am 31. Mai ein gewolltes Versagen von Deutschland feststellt, werde Frankreich auf Grund des § 17 und 18, Anhang 2 und der Wiedergutmachungsbestimmungen sich für berechtigt halten, gegebenenfalls auf eigene Faust vorzugehen. Tatsächlich befindet sich Poincaré im Irrtum. Der Friedensvertrag bietet keine Möglichkeit für einen einzelnen der verbündeten Staaten, für sich allein Reparationsforderungen einzutreiben. Nur ein gemeinsames Vorgehen entspricht dem Sinn und Wortlaut des Vertrages.

Der europäische Pakt,

den Lloyd George zustandebringen will, soll nach den vorliegenden Skizzen im wesentlichen eine Übertragung des Vierervertrages von Washington auf Europa sein. Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verstärken und die Entwaffnung zu erleichtern. In zwei Artikeln wird bestimmt, daß die unterzeichneten Nationen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und daß im Falle einer Verletzung des Abkommens die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen setzen, um den Frieden wiederherzustellen. Das Dokument enthalte keinerlei Sanktionen in seiner jetzigen Form, es scheine vielmehr (so wird über Paris berichtet!) durch seine Ungenauigkeit diejenigen zu ermutigen, die eine Revision der bestehenden Friedensverträge wünschten. Der endgültige Text des Paktes steht immer noch nicht fest. Es liegen drei Entwürfe vor, von denen der eine von Lloyd George herrührt. Der zweite stammt von Barthou und der dritte von Dr. Benesch. Die wesentlichsten Elemente dieser Entwürfe sollen in einer Entschließung verschmolzen werden. Die französische Kritik an diesem Vertragsentwurf wünscht nachdrücklich, unter allen Umständen müsse

das Wort „Abrüstung" ausgemerzt

werden, denn diese Frage gehöre ausschließlich zu der Kompetenz des Völkerbundes. Gegenüber dem Washingtoner Abkommen besteht die wichtigste Abänderung darin, daß die Nationen frei sein müßten, unter sich Gruppen zu bilden, im Falle das Abkommen verletzt werde. Diese Festsetzung werde den Abschluß eines beschränkten Paktes unter den Staaten der kleinen Entente nicht verhindern oder eines Paktes, welcher mit Sanktionen versehen sei, unter der kleinen Entente, Polen, Frankreich, Belgien und wohl auch Italien. Hier erscheint also

der Gedanke eines alliierten Blocks.

Man glaubt deshalb, daß kein allgemeiner Pakt ohne den hier gekennzeichneten kontinentalen Pakt abgeschlossen werde, und daß dieser letztere nicht ohne den französisch-britischen Pakt möglich sei.

*

Kein neues deutsches Steuerprogramm!

Die Bedeutung des 31. Mai besteht bekanntlich darin, daß Deutschland bis dahin ein neues Steuerprogramm von 60 Milliarden beschließen soll. Ein Pariser Blatt behauptet nun, ein solches Programm sei inzwischen bereits der Reparationskommission vorgelegt worden. Diese Meldung ist falsch. Die deutsche Regierung befindet sich nur in ständiger Fühlungnahme mit der Reparationskommission, und es mag sein, daß eine deutsche Antwort Anlaß zu der Pariser Meldung gegeben hat, die aber in der Hauptsache fehlgeht, weil die deutsche Regierung natürlich keine neuen Steuern vorschlagen konnte.

Die kampflustigen Russen.

Eine scharfe Note an Polen.

Die Russen kämpfen in Genua mit einer geradezu herzerfrischenden Rücksichtslosigkeit für ihre Ansprüche, vor allem für die Anerkennung der Sowjetregierung. Nachdem die Alliierten sich vorbehalten haben, den deutsch-russischen Vertrag nachzuprüfen, und nachdem sie die deutsche Delegation von den weiteren Verhandlungen mit Rußland ausschließen wollen, hat Tschitscherin sofort in einer sehr scharf gehaltenen Note an die Polen verlangt, daß

auch Polen aus der Kommission ausscheide,

die die russischen Fragen behandelt. Die Note macht Polen darauf aufmerksam, daß zwischen Polen und Rußland ein regelrechter Friedensvertrag bestehe, der Polen auf die Anerkennung der Sowjetregierung verpflichte. Tschitscherin findet es merkwürdig, daß ein Staat, der Rußland anerkenne, das Bestreben verfolge, der russischen Regierung das Recht zu nehmen, mit anderen Staaten Verträge zu schließen. Darin erblicke die Sowjetregierung einen Eingriff in die Souveränität Rußlands. Die Polen haben bereits die Antwort auf die Note der Russen erteilt. In der Note sagt die polnische Delegation, Polen habe niemals die Sowjetregierung ohne Vorbehalte anerkannt. Andererseits sehen sich die Russen auch zur Abwehr genötigt, denn die alliierten Delegationen wollen ihnen

ein kurzfristiges Ultimatum

überreichen, in welchem Antwort auf zwei Fragen verlangt wird: 1. Ob Rußland sämtliche Schulden bedingungslos anerkennen wolle, 2. ob es für die bedingungslose Herausgabe des nationalisierten Privateigentums einstehen wolle. Man glaubt, daß dieses „Ultimatum" nicht zu einem Bruch, sondern vielmehr zu neuen Verhandlungen führen soll.

*

Kein deutsch-russischer Geheimvertrag.

Der Reichskanzler hat in Genua noch einmal besonders Gelegenheit genommen, nachdrücklich zu betonen, es bestehe kein Geheimvertrag mit Rußland noch irgend eine geheime Klausel. Der gesamte Vertrag von Rapallo sei veröffentlicht worden. Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und Rußland reinen Tisch.

Auch Dr. Rathenau hat ähnliche Erklärungen abgegeben und dabei u. a. gesagt: „Wir haben alles getan, um immer wieder Paris zu beruhigen. Trotz aller Opfer haben wir volles Vertrauen nie errungen! Wenn die Führer unseres Kabinetts mit ihrem ehrlichen Willen zur Erfüllung der Verträge den Beifall früherer Gegner errungen haben, so können wir doch nicht Lebensinteressen verletzen, nur um uns diesen Ruf zu erhalten."

SLUB
Wir führen Wissen.